

# heute im Bundestag Nr. 322 - Pressedienst des Deutschen Bundestages

Do, 13. Dezember 2007 Redaktionsschluss: 11:00 Uhr

1. Bundesagentur für Arbeit erwartet 2008 weniger Beitragseinnahmen
  2. Entwurf zur längeren Alg-I-Bezugsdauer im Parlament
- 

## 1. Bundesagentur für Arbeit erwartet 2008 weniger Beitragseinnahmen

Haushaltsausschuss

Berlin: (hib/MIK) Die Bundesagentur für Arbeit (BA) erwartet im kommenden Jahr Einnahmen von insgesamt 42,6 Milliarden Euro. Die Beitragseinnahmen sollen dabei 30,8 Milliarden Euro betragen. Das geht aus dem Etatentwurf 2008 der BA hervor, den der Haushaltsausschuss am Mittwochabend zur Kenntnis genommen hat. Die Ausgaben sind mit 42,2 Milliarden Euro etatisiert. Danach hat der BA-Haushalt einen Überschuss von rund 0,4 Milliarden Euro. In dieser Rechnung sind allerdings noch nicht die Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 12. November eingerechnet. Sollten die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitsförderung auf 3,3 Prozent, die Verlängerung der Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld I in Abhängigkeit vom jeweiligen Alter, die Einführung eines Eingliederungsgutscheins und die Absenkung des Eingliederungsbetrags noch "Etatreife" für 2008 erlangen, schließt der BA-Haushalt mit einem negativen Finanzierungssaldo von 5,4 Milliarden Euro, heißt es in dem Entwurf. Die Beitragseinnahmen würden bei einem Satz von 3,9 Prozent 30,8 Milliarden Euro, bei 3,3 Prozent 26,1 Milliarden Euro betragen. Die sonstigen Einnahmen liegen mit insgesamt rund 1,2 Milliarden Euro um rund 0,2 Milliarden Euro über den derzeitigen Einnahmen.

Bei den Ausgaben entfallen rund 3,6 Milliarden Euro auf die im Eingliederungstitel zusammengefassten Ermessungsleistungen der aktiven Arbeitsförderung. Das sind 300 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Für sonstige Leistungen der aktiven Arbeitsförderung sind rund 8,6 Milliarden Euro eingeplant. Das sind rund 1,1 Milliarden Euro weniger als in diesem Jahr. Dieser Rückgang liegt laut BA an der Absenkung der Ansätze zur Förderung der beruflichen Selbstständigkeit um rund 900 Millionen Euro auf 1,8 Milliarden Euro.

Die Sprecher der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD wiesen vor allem darauf hin, dass die Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik "auf hohem Niveau" ausgebaut worden seien. Insgesamt ständen dafür 12 Milliarden Euro zur Verfügung, dass seien rund 2 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr gebraucht werde. Die FDP-Fraktion kritisierte, dass ein Defizit von mehr als 5 Milliarden Euro eingeplant sei. Der Vorstandsvorsitzende der BA, Frank-Jürgen Weise, geht davon aus, dass er ab dem Jahr 2009 wieder ausgeglichene Haushalte vorlegen werde.

## 2. Entwurf zur längeren Alg-I-Bezugsdauer im Parlament

Arbeit und Soziales/Gesetzentwürfe

Berlin: (hib/MPI) Der Gesetzentwurf der Koalition (16/7460) zur Verlängerung der Bezugszeit des Arbeitslosengeldes I (Alg I) für Ältere hat das Parlament erreicht. Die Vorlage, die am Freitag in erster Lesung behandelt werden soll, sieht vor, die die Alg-I-Bezugsdauer für Arbeitslose im Alter von 50 bis 54 Jahren auf maximal 15 Monate zu verlängern. Voraussetzung ist eine Vorversicherungszeit von 30 Monaten. Ab 55 Jahren sollen Erwerbslose einen Anspruch auf eine 18-monatige Zahldauer haben, wenn zuvor 36 Monate Sozialversicherungsbeiträge eingezahlt wurden. Ab 58 Jahren erhöht sich der Anspruch auf 24 Monate. Die Vorversicherungszeit beträgt dann 48 Monate. Ferner können Arbeitslose ab 50 Jahren einen Eingliederungszuschuss erhalten.

Mit dem Gesetzentwurf verbunden ist außerdem eine Anschlusslösung für die Ende des Jahres auslaufende so genannte 58er-Regelung zur Vermeidung von Frühverrentungen mit Abschlägen. Diese ermöglichte es älteren Arbeitslosen bislang, bis zum Renteneintritt Arbeitslosengeld II (Alg II) zu beziehen, ohne dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen. Die Koalition will nun, dass ältere Langzeitarbeitslose frühestens mit Vollendung des 63. Lebensjahres eine vorzeitige Altersrente in Anspruch nehmen müssen.

Den Angaben zufolge führt die Alg-I-Verlängerung ab dem Jahr 2010 zu Mehrausgaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Höhe von rund 800 Millionen Euro jährlich. Dem stehen rund 270 Millionen Euro Minderausgaben des Bundes beim Alg II gegenüber. Die Kommunen werden bei ihren Aufwendungen für Unterkunft und Heizung von Alg-II-Beziehern in Höhe von 51 Millionen Euro entlastet. Weiter heißt es, im kommenden Jahr betragen die Mehrausgaben für die BA wegen der Einbeziehung der derzeitigen Leistungsbezieher 755 Millionen Euro und im Jahr 2009 rund 1,11 Milliarden Euro. Zur Entlastung des BA-Haushaltes werde der Bund die Beitragszahlungspflicht für die zur Arbeitsförderung versicherungspflichtigen Erziehenden ab dem Jahr 2007 wieder übernehmen. Es werde ein Pauschalbetrag von 290 Millionen Euro ab 2007 festgelegt.

Die geplante "63er-Regelung" kostet den Bund laut Entwurf im Jahr 2008 120 Millionen Euro bei rund 15.000 älteren Langzeitarbeitslosen und rund 220 Millionen Euro im Jahr 2009 bei rund 29.000 älteren Langzeitarbeitslosen. Von dem Jahr 2010 an wird mit Kosten in Höhe von 265 Millionen Euro bei einem Personenkreis von 34.000 gerechnet. Den Kommunen entstehen den Angaben zufolge Mehrkosten bei den Wohn- und Heizkosten für Alg-II-Bezieher in Höhe von 58 Millionen Euro ab 2010. Union und SPD verweisen darauf, dass die neue Regelung für den Bund um etwa 140 Millionen Euro günstiger ist als die "58er-Regelung".

Auch die Linksfraktion setzt in ihrem Gesetzentwurf (16/7459) beim Thema "Zwangsrente" an. Ihr reicht die geplante "63-Regelung" nicht aus, da Betroffenen weiterhin Abschläge bis zu 7,2 Prozent drohten. Die Abgeordneten wollen deshalb das Nachrangigkeitsprinzip - Alg II wird erst dann gewährt, wenn andere Leistungen, hier die Rente, ausscheiden - ändern. Danach sollen Altersrenten erst bei Erreichen der Altersgrenze für eine abschlagsfreie Rente beantragt werden müssen. Die entstehenden Mehrkosten könnten derzeit noch nicht verlässlich geschätzt werden.

---

Herausgeber: Deutscher Bundestag

PuK 2 - Parlamentskorrespondenz

Dorotheenstraße 100

11011 Berlin

Telefon: 030/2 27-3 56 42

Telefax: 030/2 27-3 61 91

E-Mail: [vorzimmer.puk2@bundestag.de](mailto:vorzimmer.puk2@bundestag.de)

Verantwortlich: Uta Martensen

Redaktionsmitglieder: Dr. Bernard Bode, Dr. Susanne Kailitz, Michael Klein, Dr. Volker Müller, Monika Pilath, Günter Pursch, Annette Sach, Bernadette Schweda, Sabrina Sperlich, Alexander Weinlein, Siegfried F. Wolf